Die hohen Energiekosten aufgrund der geopolitischen Kriege in der Ukraine und im Iran schränken das Leben der weniger betuchten Deutschen ein. Im rechten Wählerspektrum lassen sich damit die Abwanderung von den Unionsparteien und der wachsende Zuspruch für die AfD erklären. Im linken Spektrum ist dieser Trend nicht eindeutig feststellbar. Insbesondere das BSW – die Partei mit dem höchsten Potenzial, die beiden Konflikte zu deeskalieren – liegt derzeit in Umfragen deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde. Von **Karsten Montag**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/261015-Auswirkungen-hoher-Energiekosten-auf-Waehlergunst-NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Wenn man sich derzeit fragt, warum am Ende des Geldes immer mehr Monat übrig bleibt, braucht man sich lediglich die Entwicklung der Energie- und Verbraucherpreise anzuschauen. Für einen Liter Benzin oder Diesel zahlt man heute an Tankstellen in Deutschland rund das Doppelte wie noch vor fünf Jahren.

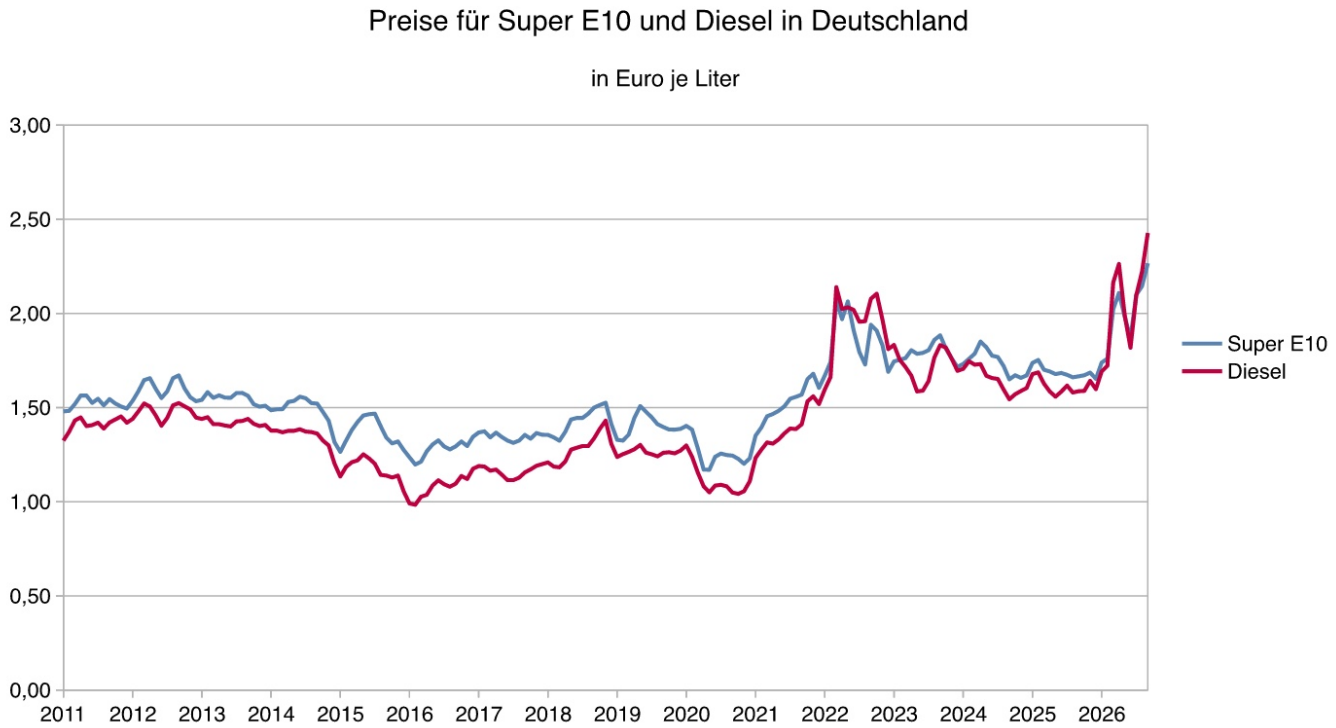


Abbildung 1: Preise für Super E10 und Diesel in Deutschland in Euro je Liter, Datenquelle: ADAC

Insbesondere an der Entwicklung der Treibstoffpreise kann man deutlich den Zusammenhang mit den beiden aktuell bedeutenden geopolitischen Ereignissen erkennen. Die Preise für Benzin und Diesel schossen exakt im Februar 2022 mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine in die Höhe. Das Gleiche gilt für die derzeitigen Preissteigerungen, die genau mit dem Beginn des Krieges gegen den Iran und der Sperrung der Straße von Hormus zusammenfallen.

Eine ähnliche Entwicklung findet man auch bei den Gaspreisen. Eine Kilowattstunde Gas für einen durchschnittlichen Haushalt kostet heute das Doppelte wie noch vor fünf Jahren. Auch beim Gas ist der Zusammenhang zwischen dem Kriegsbeginn in der Ukraine und der Preissteigerung eindeutig.

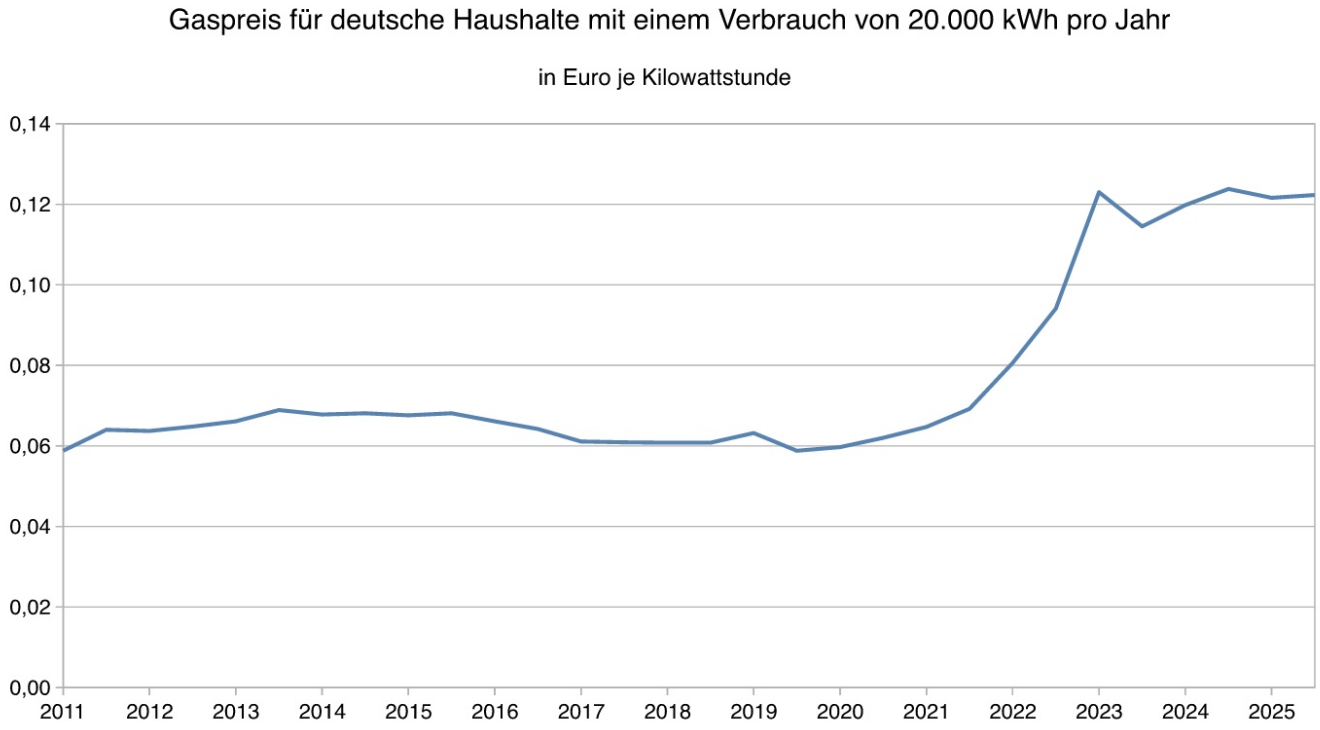


Abbildung 2: Gaspreis für deutsche Haushalte mit einem Verbrauch von 20.000 kWh pro Jahr in Euro je Kilowattstunde, Datenquelle: Eurostat

Anders als bei den Treibstoffpreisen ist aktuell beim Gas noch keine Anhebung der Verbraucherpreise aufgrund des Konfliktes im Nahen Osten zu erkennen. Das liegt jedoch daran, dass zwischen Beschaffungspreis und dem Preis für Endkunden mehrere zeitliche

und vertragliche Puffer liegen. Der Anstieg des Beschaffungspreises seit März 2026 am wichtigsten Referenzmarkt für europäisches Erdgas, dem virtuellen Handelspunkt im niederländischen Gasnetz, lässt jedoch auf lange Sicht nichts Gutes für die Entwicklung des Endkundenpreises erahnen.



Abbildung 3: Referenzpreis für Erdgas am virtuellen Marktplatz Niederlande (TTF) in Euro je Megawattstunde, Datenquelle: Investing

Schlussendlich lässt sich eine deutliche Steigerung des Strompreises in Deutschland feststellen. Der Anteil des Beschaffungspreises lag 2022 und 2023 rund dreimal so hoch und 2026 noch immer rund doppelt so hoch wie Mitte der 2010er-Jahre. Der Grund dafür ist die Abhängigkeit der Stromerzeugung in Deutschland vom Gas sowie das Merit-Order-Prinzip bei der Strompreisbildung. Der Anteil an Erdgas an der Stromerzeugung lag im ersten Halbjahr 2026 bei 16,5 Prozent.

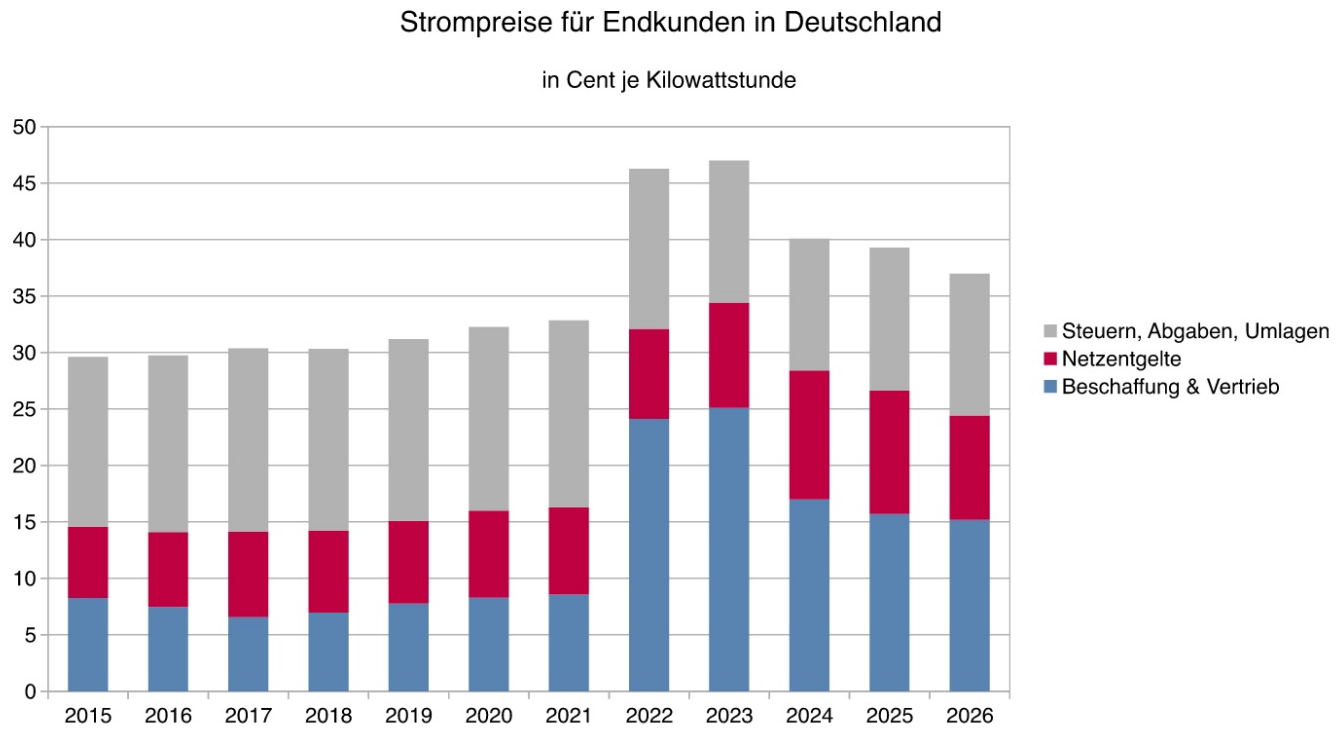


Abbildung 4: Strompreise für Endkunden in Deutschland in Cent je Kilowattstunde, Datenquelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft

Dass der gesamte Endkundenpreis derzeit nicht noch höher ausfällt, liegt hauptsächlich an der Abschaffung der EEG-Umlage im Jahr 2022. Seitdem wird der Ausbau der erneuerbaren Energien über den Klima- und Transformationsfonds des Bundes finanziert, in den auch Erlöse der CO_2-Bepreisung fließen. Einfach ausgedrückt bedeutet dies, dass der Strompreis politisch motiviert auf Kosten höherer Treibstoff- und Gaspreise künstlich niedrig gehalten wird. Besonders betroffen sind Hausbesitzer, die sich keine neue Wärmepumpenheizung leisten können, sowie Mieter, deren Hausbesitzer nicht auf eine derartige Heizung umstellen wollen.

Höhere Energiekosten bedeuten höhere Inflation und geringeres Wirtschaftswachstum

Die Energiepreise haben einen erheblichen Einfluss auf die Verbraucherpreise und die Wirtschaft. Während seit 2000 bis einschließlich 2021 in der Eurozone eine gewisse Parallelität zwischen Inflation und Wirtschaftswachstum festzustellen ist, kann man exakt mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine eine deutliche Abweichung erkennen. Die Verbraucherpreise ziehen seitdem ungewöhnlich stark an, und das Wirtschaftswachstum

hat sich verlangsamt. Eine Prognose der Europäischen Zentralbank (EZB) bestätigt diesen Trend in den kommenden Jahren für das Szenario, dass der Energiepreisschock aufgrund der Sperrung der Straße von Hormus länger anhält.

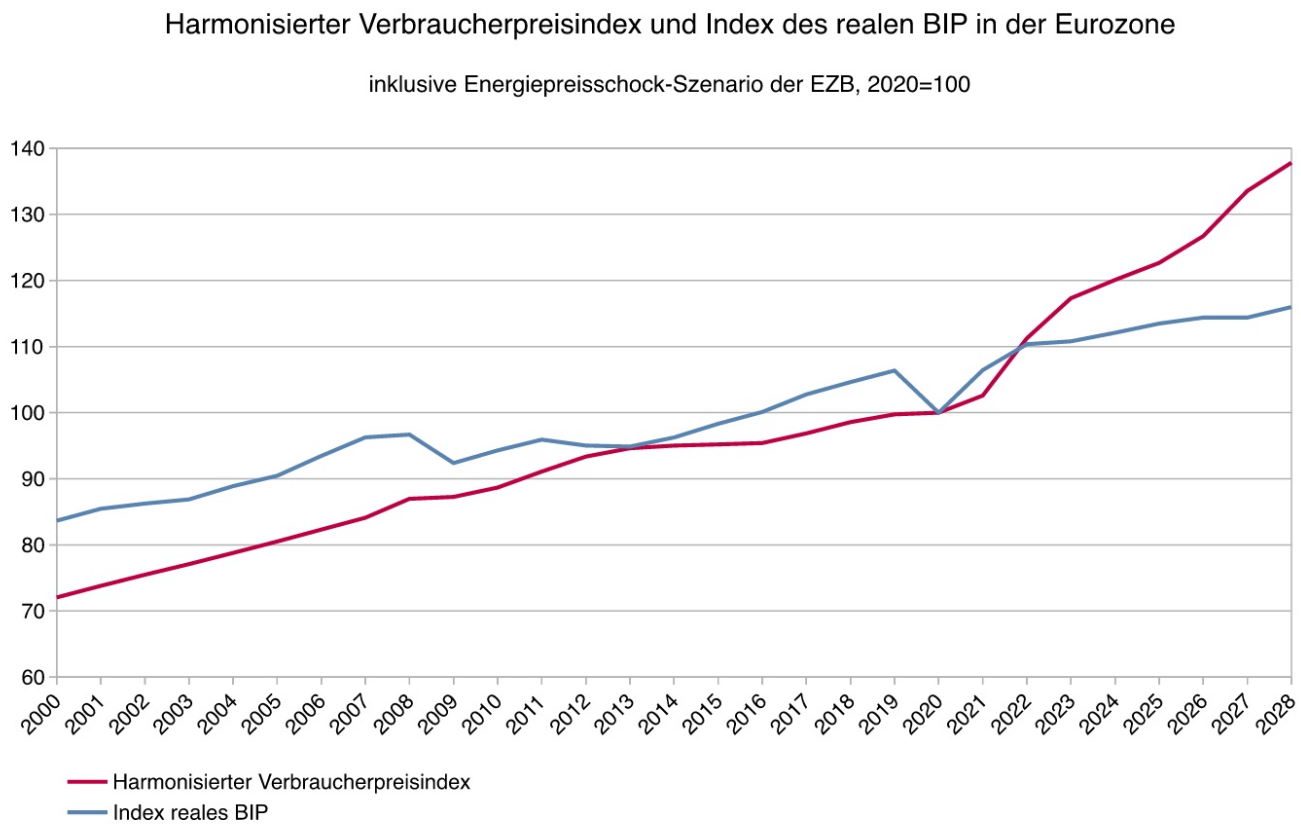


Abbildung 5: Harmonisierter Verbraucherpreisindex und Index des realen BIP in der Eurozone inklusive Energiepreisschock-Szenario der EZB, 2020=100, Datenquellen: historischer Verbraucherpreisindex: Eurostat, historischer Index BIP: Eurostat, Prognosen: Europäische Zentralbank

Ein übermäßiges Ansteigen der Inflation bei vergleichsweise magerem Wirtschaftswachstum bedeutet: Die höheren Preise können nicht durch höhere Löhne kompensiert werden. Das heißt, die Menschen werden ärmer – und zwar spürbar. Besonders hart trifft es diejenigen, deren Einkommen bereits zuvor nur so gerade zur Deckung der laufenden Kosten gereicht hat. Darüber dürften auch die Verharmlosungen und Relativierungen von *ARD* und *ZDF* nicht hinwegtäuschen.

Der Zusammenhang zwischen der deutschen Außenpolitik – Sanktionen gegen Russland, Unterstützung der Ukraine, der USA und Israels – und deren gravierenden wirtschaftlichen Folgen für fast alle Bundesbürger ist so auffällig, dass er nicht zu übersehen ist. Einmalige

Aktionen wie Tankrabatts oder Heizkostenzuschüsse verpuffen wie der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein – zumal es sich dabei lediglich um kurzfristige Haushaltsverschiebungen handelt, die letztendlich sowieso von den Steuerzahlern refinanziert werden. Wer die wirtschaftliche Situation der deutschen Unternehmen und Bürger verbessern will, muss sich also dafür einsetzen, die beiden geopolitischen Konflikte in der Ukraine und im Iran zu deeskalieren sowie die Energielieferungen aus Russland wieder aufzunehmen.

Die Positionen der deutschen Parteien zu dem Konflikt in der Ukraine und zu Russland

Regierung und Teile der inner- und außerparlamentarischen Opposition sind sich hinsichtlich der Sanktionen gegen Russland und der Unterstützung der Ukraine größtenteils einig. Sowohl CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP befürworten die Sanktionen gegen Russland und wollen diese sogar noch ausweiten. Die Linke lehnt Sanktionen zulasten der allgemeinen Bevölkerung in Russland ab, befürwortet jedoch gezielte Sanktionen gegen die russische Regierung und den militärisch-industriellen Komplex des Landes. Dem gegenüber stehen die Positionen der AfD und des BSW, die eine Beendigung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland und eine Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere im Energiebereich, fordern.

Was die Unterstützung der Ukraine mit Waffen und finanziellen Mitteln angeht, setzt sich der Riss durch die politische Landschaft fort – mit einer weiteren Zwitterstellung der Linken. CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP befürworten die militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine – bis hin zum Ausbau der Langstreckenfähigkeit des Landes und zur Lieferung von Marschflugkörpern. Lediglich die SPD will der Ukraine keine Taurus-Marschflugkörper aus Bundeswehrbeständen zur Verfügung stellen, unterstützt aber die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Drohnen mit großer Reichweite. Die Linke lehnt Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ab. Zugleich verurteilt sie Russlands völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, erkennt das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine an und befürwortet die finanzielle Unterstützung des Landes. Auch in diesem Punkt sind die Positionen von AfD und BSW eindeutig konträr zu denen der übrigen Parteien. Beide Parteien lehnen Waffenlieferungen in Krisengebiete grundsätzlich ab und fordern die Beendigung der finanziellen Unterstützung der Ukraine sowie direkte Friedensverhandlungen unter Einbeziehung Russlands.

Statt innen- und außenpolitisch die Gefahr einer direkten Konfrontation mit Russland zu minimieren, provozieren CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP diese regelrecht. Sie betrachten angebliche russische Cyberangriffe und Sabotageaktionen – trotz Mangels an öffentlich

nachvollziehbaren Belegen – als konkrete Sicherheitsbedrohung und sehen Deutschland als Ziel hybrider Kriegsführung. Zudem bewerten sie Russlands Angriff auf die Ukraine als imperialen Krieg und sehen darin eine Gefahr für die europäische Friedensordnung. Trotz wiederholter Dementis aus dem Kreml gehen diese Parteien davon aus, dass Russland bereits vor Ende des Jahrzehnts weitere europäische Staaten angreifen wird. Mit diesem Narrativ, das selbst von prominenten westlichen geopolitischen Analysten wie Jeffrey Sachs, John Mearsheimer, Larry Johnson, Glenn Diesen, Alexander Mercouris, Douglas Macgregor oder Lawrence Wilkerson heftig bestritten wird, rechtfertigen diese Parteien eine beispiellose schuldenfinanzierte Aufrüstung Deutschlands auf Kosten von Sozialleistungen und zukünftiger Generationen.

Auch die AfD will die Bundeswehr stärken, die deutsche Rüstungsindustrie ausbauen und fordert sogar die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Allerdings lehnt die Partei die Finanzierung der Aufrüstung über neue Schulden oder die Aufweichung der Schuldenbremse strikt ab. Zudem schreibt die AfD hybride Bedrohungen und Cyberangriffe nicht ausschließlich Russland zu und sieht das Land nicht als strategischen Gegner.

Sowohl die Linke als auch das BSW widersprechen der politischen Schlussfolgerung, die aus den angeblichen hybriden Bedrohungen und dem Krieg in der Ukraine eine umfassende Aufrüstung und weitere militärische Konfrontationen ableitet. Beide Parteien fordern eine Abrüstung Deutschlands und setzen sich lediglich für eine verteidigungsorientierte Bundeswehr ein.

Die Positionen der deutschen Parteien zu dem Konflikt im Nahen Osten

Hinsichtlich des Krieges im Nahen Osten und der Unterstützung Israels zeichnen sich andere Konstellationen in der deutschen Politiklandschaft ab als bei dem Krieg in der Ukraine. CDU, CSU, Grüne und FDP verurteilen die iranische Führung und sehen diese als Ursache für die regionale Instabilität. Gezielte Schläge gegen iranische Militärinfrastruktur und Kommandostrukturen werden als nachvollziehbare Reaktion auf eine konkrete Bedrohung beschrieben. Die AfD verurteilt die iranische Führung zwar und bezieht keine eindeutige Stellung zur Völkerrechtswidrigkeit der Angriffe, zeigt sich jedoch skeptisch gegenüber militärischen Interventionen zum Sturz von Regierungen und warnt vor den Folgen eines Regimewechsels von außen. Die Grünen kritisieren die Nichteinhaltung des Völkerrechts durch die USA und Israel, betonen aber gleichzeitig das Existenzrecht Israels und befürworten Waffenlieferungen an das Land.

Im Gegensatz zu Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), der im Juni 2025 mit seiner Aussage, Israel mache im Iran die „Drecksarbeit“ für „uns alle“, das Völkerrecht mit Füßen getreten

hat, warf die SPD-Bundestagsfraktion den USA und Israel im März 2026 Völkerrechtsbruch vor. Dieser deutliche Gegensatz zwischen den Regierungsparteien hindert die SPD jedoch nicht daran, auf Bundesebene weiterhin mit der Union in einer Koalition zu bleiben und Waffenlieferungen nach Israel zuzustimmen.

Die Linke und das BSW verurteilen den US-israelischen Krieg gegen den Iran als völkerrechtswidrig und lehnen einen von außen herbeigeführten Regimewechsel ab. Sie fordern ein Ende der Waffenlieferungen an Israel und eine Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran. Zugleich verurteilen beide Parteien die iranische Diktatur und deren Repressionen gegen die eigene Bevölkerung.

Auswirkungen der Positionen der Parteien auf aktuelle Umfragewerte

Im rechten Wählerspektrum ist eine deutliche Abwanderung von der Union hin zur AfD zu erkennen. Aus einer aktuellen Umfrage geht hervor, dass zwei Drittel der AfD-Anhänger Deutschlands Sicherheit durch Russland wenig beziehungsweise gar nicht bedroht sehen. Eine weitere Umfrage zeigt, dass ehemalige Wähler von CDU und CSU ihre Abwanderung hauptsächlich damit begründen, dass die Union sich zu wenig um die Alltagssorgen der Menschen kümmert und ihr Wahlversprechen der Einhaltung der Schuldenbremse gebrochen hat. Die Konsequenzen der Politik der Union werden insbesondere bei aktuellen Umfragewerten zur Bundestagswahl deutlich.

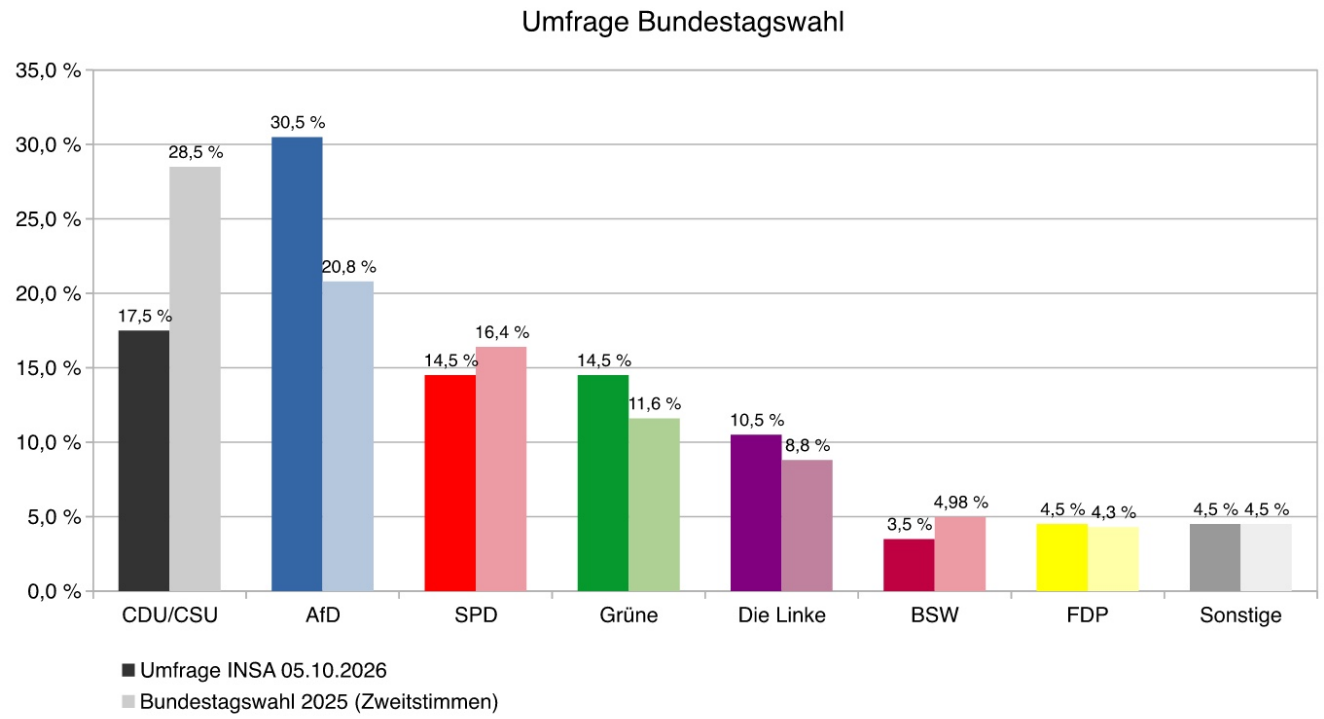


Abbildung 6: Umfrage Bundestagswahl, Datenquelle: Sonntagsfrage Bundestagswahl

Allerdings haben in einer Umfrage aus dem März 40 Prozent der AfD-Anhänger den US-israelischen Angriff auf den Iran für gerechtfertigt gehalten. Das war der höchste Wert unter den abgefragten Parteianhängern. Der hohe Wert lässt sich vermutlich mit der islamkritischen Haltung der Partei und eines Großteils ihrer Wähler erklären. Darauf deutet unter anderem eine Stellungnahme des außenpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Markus Frohnmaier, vom März hin. Darin wirft er der iranischen Führung vor, Terrorstrukturen aufgebaut und finanziert, Stellvertreterkriege angeheizt und damit Konflikte befeuert zu haben. Dies würde durch „islamistische Netzwerke und Finanzströme, Sicherheitsrisiken und Migrationsbewegungen“ bis nach Deutschland wirken. Diese Haltung schränkt das Potenzial der AfD ein, dem Konflikt im Nahen Osten entgegenzuwirken.

Im vermeintlich linken Wählerspektrum ist auf den ersten Blick keine Abwanderung aufgrund der Folgen der geopolitisch motivierten Kriege in der Ukraine und im Iran festzustellen – im Gegenteil. Ausgerechnet das BSW, die Partei mit dem größten Potenzial, die beiden Konflikte zu deeskalieren, verliert an Wählergunst. Stattdessen können die Linke und ausgerechnet die Grünen – die Partei, die ähnlich wie die Union am wenigsten zur Deeskalation in den beiden umkämpften Regionen beiträgt – einen höheren Zuspruch

verzeichnen. Dieses Phänomen ist erklärungsbedürftig.

Aus einem Report des Instituts der deutschen Wirtschaft vom Dezember 2024 geht hervor, dass die Anhänger der Grünen sich am wenigsten Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation machen (siehe Abbildung 5-4, Seite 23). Aus derselben Abbildung geht hervor, dass sich AfD-Anhänger im Vergleich zu den anderen Parteien die größten Sorgen machen. Der Großteil der Grünen-Anhänger kann also höhere Energiepreise deutlich eher verkraften als die Anhänger aller anderen Parteien – insbesondere der AfD. Das liefert eine Erklärung dafür, warum Grünen-Anhänger nicht zum BSW abwandern, sondern möglicherweise eher noch Zulauf von gut betuchten Wählern anderer Parteien erhalten.

Die Linke hat insbesondere bei jungen Wählern sowie im Westen Deutschlands – unter anderem aufgrund einer professionellen Social-Media-Kampagne – deutlich zugelegt. Das BSW leidet hingegen unter innerparteilichen Konflikten – insbesondere im Osten Deutschlands. Das könnte eine Abwanderung der Wählerschaft zur AfD begünstigen. Hinzu kommt das mediale Framing, russlandfreundliche Politik stehe generell mit „rechtsextremen“ Positionen in Verbindung.

Fazit

Die insbesondere für die weniger betuchten Bevölkerungsschichten negativen Folgen der russland- und iranfeindlichen Politik der Bundesregierung haben im rechten Wählerspektrum augenscheinlich großen Einfluss auf den Zuspruch zur AfD und den erheblichen Verlust an Vertrauen in die Unionsparteien. Im linken Wählerspektrum ist dieser Trend nicht so eindeutig festzustellen. Die SPD hat nicht mit derart großen Verlusten zu kämpfen wie CDU und CSU, liegt aber mit ihren derzeitigen Umfragewerten unter dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl, das sowieso schon das niedrigste in der bundesrepublikanischen Geschichte der SPD darstellt.

Der Zuspruch der Linken dürfte hingegen mit der grundsätzlich friedensorientierten Position der Partei sowie mit der Hoffnung zusammenhängen, dass eine stärkere Belastung von Gutverdienern und Vermögenden die hohen Energiekosten für sozial Schwächere kompensieren könnten. Das BSW, das im Grunde am ehesten in den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten deeskalierend wirken könnte, hat mit innerparteilichen Konflikten und der inhaltlichen Nähe mit der AfD in einigen Positionen zu kämpfen.

Titelbild: TANYARICO / Shutterstock